

Satzung vom 03.04.2019 über die 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung) vom 11.12.2001

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Fischingen am 03.04.2019 in öffentlicher Sitzung folgende Satzungsänderung beschlossen:

**Artikel I
Änderung**

Die Anlage gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 wird entsprechend der Anlage zu dieser Satzung geändert.

**Artikel II
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

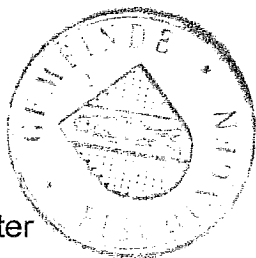
Hinweis

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Fischingen, den 03.04.2019



Axel Moick,
Bürgermeister



Gebührenverzeichnis

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Änderungen der Gebührenhöhe

Euro

Lfd. Nr. 2

Allgemeine Verwaltungsgebühr

zweiter
Spiegelstrich

Erteilung einer Bescheinigung über die
Gewerbeanzeige
Gewerbeanmeldung
Gewerbeab- oder -ummeldung

43,60 €/Fall
25,20 €/Fall

lfd. Nr.

16.1.1, 16.1.2, 16.3
und 16.4

Melderecht

16.1 Auskünfte aus dem Melderegister
16.1.1 einfache Auskunft (§ 44 Abs. 1 BMG)
16.1.2 erweiterte Auskunft (§ 45 Abs. 1 BMG)
16.3 Ausstellung einer Wählbarkeitsbescheinigung
16.4 sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde,
zusätzliche Meldebestätigungen,
Aufenthaltsbescheinigungen und sonstige
Bescheinigungen der Meldebehörde je
Bescheinigung

13,50 €/Fall
19,30 €/Fall
12,60 €/Fall
9,60 €/Fall

**Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
(Verwaltungsgebührensatzung)
vom 11.12.2001**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Fischingen am 11.12.01 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Gebührenpflicht**

Die Gemeinde erhebt für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren nach dieser Satzung, soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

**§ 2
Gebührenfreiheit**

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für Amtshandlungen, die
1. Angelegenheiten der öffentlichen Fürsorge und der Kriegsopferversorge, die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes und des Heimkehrergesetzes sowie das Ausweisungswesen für Schwerbehinderte betreffen,
 2. die Durchführung des Wehrpflichtgesetzes sowie des Unterhaltssicherungsgesetzes betreffen,
 3. dem Arbeitsfrieden dienen,
 4. sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ergeben,
 5. Gnadensachen betreffen,
 6. überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden,
 7. in Verfahren vorgenommen werden, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe,
 8. geringfügiger Natur sind, insbesondere einfache Auskünfte.
- (2) Von der Entrichtung der Gebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit
1. das Land Baden-Württemberg,
 2. die Bundesrepublik Deutschland,
 3. die juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes oder Bundes für Rechnung des Landes oder des Bundes verwaltet werden,
 4. die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Gebühren Dritten aufzuerlegen oder in sonstiger Weise auf Dritte umzulegen. Nicht befreit sind ferner die in § 6 Abs. 4 des Landesgebührengesetzes genannten Sondervermögen, Betriebe und Unternehmen.

§ 3 Gebührensschuldner

- (1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet
 1. wer die Amtshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
 2. wer die Gebührenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Gebührenhöhe

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für Amtshandlungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 3,00 DM / 1,50 € bis 5.000,00 DM / 2.500,00 € zu erheben.
- (2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstandes, nach dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse für den Gebührenschuldner sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen.
- (3) Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- (4) Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung abgelehnt, wird ein Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Beendigung der Amtshandlung zurückgenommen oder unterbleibt die Amtshandlung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 3,00 DM / 1,50 €.

§ 5 Entstehung der Gebühr

Die Gebührenschuld entsteht mit Beendigung der Amtshandlung, für die sie erhoben wird. Bei Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.

§ 6 Fälligkeit, Zahlung

- (1) Die Gebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- (2) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.
- (3) Die Vornahme einer Amtshandlung kann davon abhängig gemacht werden, dass die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen würde oder dies aus sonstigen Gründen unbillig wäre.

§ 7 Auslagen

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Der Ersatz der Auslagen wird besonders verlangt, soweit diese das übliche Maß erheblich übersteigen. Der Ersatz der Auslagen wird in der tatsächlichen Höhe verlangt, wenn für eine Amtshandlung keine Gebühr erhoben wird.
- (2) Auslagen nach Abs. 1 Satz 2 sind insbesondere
 1. Telegrammgebühren,
 2. Reisekosten,
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,
 5. Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen,
 6. Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- (3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

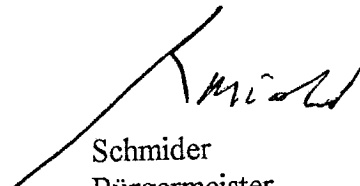
§ 8
Schlussvorschriften

- (1) Diese Satzung tritt am ^{1.1.02}..... in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 11.08.1992 und deren Änderungssatzungen außer Kraft.
Ab dem 01.01.2002 gelten die Beträge in Euro bis zu diesem Zeitpunkt die Beträge in DM.

Heilungsvorschriften:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Fischingen, den ^{12.12.01}.....


Schmider
Bürgermeister

Gebührenverzeichnis

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr	
		in DM	in €
1	Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung) wegen Unzuständigkeit gebührenfrei	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00	1/10 bis volle Gebühr, mind. 1,50
2	Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung) - Erlaubnis zur Aufstellung von Spiel- automaten - Erteilung einer Bescheinigung über die Gewerbeanzeige	3,00 bis 5.000,00 80,00 25,00	1,50 bis 2.500,00 40,00 12,50
3	Anträge Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Ge- suchen und dergl., die vom Gemeinde- verwaltungsverband nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung des Gemeindeverwal- tungsverbands nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist	3,00 bis 200,00	1,50 bis 100,00
4	Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche Mündliche Auskünfte sind gebührenfrei	3,00 bis 100,00	1,50 bis 50,00
zu Ziffer 3 + 4	Bei der Festsetzung der Gebühren inner- halb eines Rahmens muss der Arbeitsauf- wand berücksichtigt werden. Vom Fi- nanzministerium festgesetzte Pauschal- sätze je Arbeitsstunde für Beamte (Ange- stellte entsprechend) sind nach der Ver- waltungsvorschrift des Finanzministe- riums über die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands bei der Festlegung von Verwaltungs- und Benutzungsge- bühren und von sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwal- tung (VwV-Kostenfestlegung) in der je- weiligen Fassung.		

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr	
		in DM	in €
5	<u>Bauordnungsrecht</u>		
5.1	Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnisgabeverfahren (§ 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO)	0,5 vom Tausend der Baukosten bzw. Abbruchkosten mind. 50,00	0,5 vom Tausend der Baukosten bzw. Abbruchkosten mind. 25,00
5.2	Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO	wie 5.1	wie 5.1
5.3	Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnisgabeverfahren (§ 55 LBO)	10,00 je zu benachrichtigendem Angrenzer, mind. 50,00	5,00 je zu benachrichtigendem Angrenzer, mind. 25,00
6	<u>Befreiung</u> (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen	5,00 bis 1.000,00	2,50 bis 500,00
7	<u>Beglaubigungen, Bestätigungen</u>		
7.1	Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz	3,00 bis 250,00	1,50 bis 125,00
	Wert bis		
	500,00	5,00	2,50
	1.000,00	10,00	5,00
	2.000,00	20,00	10,00
	5.000,00	50,00	25,00
	10.000,00	100,00	50,00
	über 10.000,00	125,00	62,50
7.2	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	1,00 bis 10,00 mind. 3,00	0,50 bis 5,00 mind. 1,50

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr	
		in DM	in €
7.3	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Wiederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	1,00 bis 5,00 mind. 3,00	0,50 bis 2,50 mind. 1,50
7.4	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von dem Gemeindeverwaltungsverband selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 19) hinzu		
8	<u>Bescheinigungen</u>		
8.1	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	3,00 bis 100,00	1,50 bis 50,00
8.2	Gebührenfrei sind		
8.2.1	Bestätigungen, die der Gemeindeverwaltungsverband für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts (z.B. §§ 10 b EstG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen)		
9	<u>Bestattungsrecht</u>		
9.1	Ausstattung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz)	5,00 bis 50,00	2,50 bis 25,00
9.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	5,00 bis 30,00	2,50 bis 15,00
10	<u>Feiertagsrecht</u>		
10.1	Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	20,00 bis 100,00	10,00 bis 50,00
10.2	Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)		

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr	
		in DM	in €
10.2.1	Pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 3.00 bis 24.00 Uhr verboten sind	50,00 bis 200,00	25,00 bis 100,00
10.2.2	Pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind	100,00 bis 400,00	50,00 bis 200,00
11	<u>Fundsachen</u> Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder		
11.1	Bei Sachen bis zu 1.000,00 DM / 500,00 € Wert	2 % des Werts, mind. jedoch 3,00	2 % des Werts, mind. jedoch 1,50
12	<u>Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen</u> und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	5,00 bis 1.000,00	2,50 bis 500,00
13	<u>Gutachten</u> (Augenscheine) nach dem Wert des Gegenstands	1 % bis 5 %, mind. jedoch je angefangene halbe Std. der Inanspruchnahme 25,00	1 % bis 5 %, mind. jedoch je angefangene halbe Std. der Inanspruchnahme 12,50
14	<u>Geschäftsstelle des Gutachterausschusses</u>		
14.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	5,00 bis 100,00	2,50 bis 50,00
14.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	5,00 bis 50,00	2,50 bis 25,00
15	<u>Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren</u>	je Person 10,00 bis 100,00	je Person 5,00 bis 50,00
16	<u>Melderecht</u>		
16.1	Auskünfte aus dem Melderegister		
16.1.1	einfache Auskunft (§ 32 Abs. 1 Meldgesetz – MG)	10,00	5,00
16.1.2	erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG)	20,00	10,00
16.1.3	Gruppenauskunft (§ 32 Abs. 3, § 34 Abs. 1, 2 und 3 MG)	3,00 jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt	1,50 jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt
16.1.4	Gruppenauskunft nach Nr. 16.1.3, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird.	30,00 bis 5.000,00	15,00 bis 2.500,00

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr	
		in DM	in €
16.2	Datenübermittlungen		
16.2.1	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 29 MG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 30 MG)	3,00 jeweils für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt	1,50 jeweils für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt, mind. 5,00
16.2.2	Datenübermittlung nach Nr. 16.2.1, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurde	20,00 bis 5.000,00	10,00 bis 2.500,00
16.2.3	Datenübermittlung an den Süddeutschen Rundfunk und an den Südwestfunk bzw. an die Gebühreneinzugszentrale	0,30	0,15
16.3	Ausstellen einer Wählbarkeitsbescheinigung (§ 10 Abs. 4 KomWG)	40,00	20,00
16.4	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde, Zusätzliche Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung Werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte.	10,00	5,00
16.5	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde	5,00 bis 1.000,00	2,50 bis 500,00
16.6	Gebührenfrei sind		
16.6.1	Die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung,		
16.6.2	Die Auskunft an den Betroffenen (§ 11 MG),		
16.6.3	Die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 13 MG).		
17	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch im Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)		
17.1	wenn die Rechtsbehelfe im wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	10,00 bis 500,00	5,00 bis 250,00

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr	
		in DM	in €
17.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der Gebühr nach 17.1, mind. 3,00	1/10 bis 1/2 der Gebühr nach 17.1, mind. 1,50
18	<u>Sammlungswesen</u> Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz	20,00 bis 400,00	10,00 bis 200,00
19	<u>Schreibgebühren</u>		
19.1	Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet)		
19.1.1	Für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind	10,00	5,00
19.1.2	Für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind	20,00	10,00
19.1.3	Für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde	13,00	6,50
19.2	Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben		
19.2.1	Bei einem Format bis zu DIN A 4 für die erste Seite	1,50	0,75
	für jede weitere Seite	1,00	0,50
19.2.2	Bei einem größeren Format für die erste Seite	2,50	1,25
	für jede weitere Seite	2,00	1,00
20	<u>Straßenrechtliche Sondernutzung</u> Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus	20,00 bis 500,00	10,00 bis 250,00
21	<u>Zurücknahme eines Antrags</u> (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mind. 3,00	1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mind. 1,50

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr	
		in DM	in €
22	<u>Vorkaufsrecht</u> Bescheinigung über das Nichtbestehen bzw. das Nichtausüben eines Vorkaufsrechts nach dem Baugesetzbuch ((bis 50.000 DM (25.000 €) Wert 20 DM (10 €); jede weitere angefangenen 30.000 DM (15.000 €) Wert 5 DM (2,50 €))	mind. 20,00 bis 210,00	mind. 10,00 bis 105,00